



JUNG+LIBERAL

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen



IN CONCORDIA CONFUSA

ES GEHT UM EUROPA

Wohin soll's gehen?

Mit der Uber-App eine Fahrt bestellen und in wenigen Minuten abgeholt werden

Jetzt unter Bezahlung den folgenden Code eingeben und 15€ sparen: **BERJULIS19**

Gültig auf eine Fahrt mit der UberX Option in Berlin, München, Düsseldorf und Frankfurt bis einschließlich 30.04.2019



Uber

Uber vermittelt Beförderungsaufträge an professionelle und lizenzierte Mietwagenunternehmer. Uber selbst bietet keine Beförderungsdienstleistungen an. In Deutschland in Berlin, München, Düsseldorf und Frankfurt verfügbar.



4-5

Auf nach Europa mit Svenja Hahn

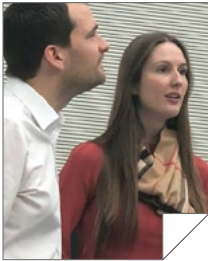
Svenja Hahn (29) ist die Spitzenkandidatin der Jungen Liberalen bei der kommenden Europawahl. Im jung+liberal stellt sie sich persönlich, ihre Ziele und den anstehenden Wahlkampf vor.



8-9

Brexit incoming

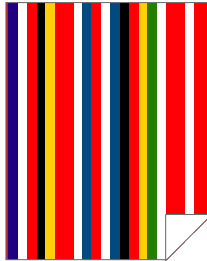
Seit mehreren Monaten studiert unser IO Franziska in England. Sie berichtet von ihren Eindrücken rund um den Brexit – und zieht klare Lehren aus dem Brexit-Chaos.



14-17

Ein Tag mit Johannes Vogel

An der Rückkehr in den Bundestag hat er tatkräftig mitgearbeitet. Wie sein jetziger Alltag als MdB aussieht und was Johannes Vogel von der anstehenden Europawahl erwartet, hat er uns bei einem persönlichen Besuch in Berlin erzählt.



20-21

Mehr als ein Bundesstaat

Wie sieht das europäische Konzept der Zukunft aus? Ist der Weg zum europäischen Bundesstaat die Lösung? Was können wir dabei aus der Konzeption des Nationalstaats lernen? All das liest Du im folgenden rechtstheoretischen Artikel zur zukünftigen Konzeption der EU.

- 2 Kurz und Knapp
- 4 Auf nach Europa mit Svenja Hahn
- 6 Eine neue Erzählung von Europa
- 8 Brexit incoming Glücksspiel mit einer jungen Generation
- 10 Upload-Filter Sinnbild einer rätselhaften EU-Politik
- 12 Wenn ich die Europäische Gemeinschaft neu gründen könnte
- 14 Zwischen Alltag und Europa Ein Tag mit Johannes Vogel
- 17 Für ein innovatives und freies Europa
- 18 Ein Politikwechsel für Europa
- 19 Vom Wert der Europäischen Union
- 20 Mehr als ein Bundesstaat Friedensordnung der Zukunft
- 22 Internationale Seite
- 23 Impressum

EDITORIAL

Liebe JuLis,

am 26. Mai stehen richtungsweisende Europawahlen an. Nicht überraschend, dass wir uns in dieser Ausgabe des jung+liberals mit dem Thema Europa beschäftigen.

In den Medien hören wir im Zusammenhang mit der bevorstehenden Europawahl immer wieder den Terminus „Schicksalswahl“. Auch ich glaube, dass wir vor essentiellen Entscheidungen auf europäischer Ebene stehen. Auf der einen Seite wird es darum gehen, die seit eh und je bestehende Große Koalition im Europaparlament abzulösen und somit neuen Schwung ins Parlament zu bringen. Auf der anderen Seite müssen gerade wir Liberalen Antworten auf die Orbáns und Salvini's dieses Europas finden, um am 27. Mai nicht in einem schlechten Albtraum aufzuwachen.

Klar ist: In Zeiten des Brexits steht die Europäische Union vor vielen Fragen, die gelöst werden müssen. Klar ist aber auch: Unsere zukünftige Stärke hängt maßgeblich von der Stärke der Europäischen Union ab. Die Europäische Union bietet unendlich viele Chancen. Und ohne Einigkeit innerhalb der Union werden wir mit den Putins und Xi Jinpings dieser Welt nicht mithalten können.

Für uns Liberale ist dabei klar: Wir sehen Europa als Chancenkontinent, wollen ihn dort verbessern, wo er verbessert werden muss und von ungenutzten Chancen endlich Gebrauch machen. Wie wir das tun wollen, wo wir Verbesserungschancen aber auch großartige Möglichkeiten sehen, erfährst Du in diesem Heft!

Ich wünsche Euch viel Spaß beim Lesen!



Eure Anna

Für Kritik, Fragen und Feedback erreicht ihr mich jederzeit unter neumann@julius.de

A portrait of Svenja Hahn, a woman with shoulder-length brown hair and black-rimmed glasses, smiling. She is wearing a bright yellow jacket over a black top and a thin gold necklace. The background is a vibrant, abstract splash of yellow, pink, and blue paint on a white canvas.

Svenja Hahn

Unsere Spitzenkandidatin für Europa

Svenja Hahn (29) ist die Spitzenkandidatin der Jungen Liberalen zur kommenden Europawahl. In einer emotionalen Rede beim letzten Bundeskongress in Bingen am Rhein machte sie deutlich, mit welchem Spirit die Jungen Liberalen in die entscheidende Europawahl in diesem Jahr gehen. Die LYMEC-Präsidentin lebt Genschers Mantra von der Zukunft Europas wie keine Zweite.

Das jung•liberal sprach vor dem Wahlkampf mit der Hamburgerin über ihre europäischen Wurzeln, ihre Motivation für die Europawahl und ihre Herzensthemen.

J+l: Liebe Svenja, bald ist es so weit: Die Europawahl 2019 rückt in greifbare Nähe. Wie sehr freust Du Dich schon auf einen packenden Wahlkampf mit den Jungen Liberalen?

Svenja Hahn: Meine Highlights sind die JuLi-Tour durch Deutschland. Im April werde ich durch die Landesverbände touren und mit den JuLis vor Ort Wahlkampf machen. Von der bayrisch-österreichischen Grenze übers Saarland nach Berlin werden wir unsere Ideen von Europa auf die Straße bringen. Als leidenschaftlicher Eurovision Songcontest Fan freue ich mich auch auf unsere ESC-Spezial-Aktion. Wenn ich so darüber nachdenke, stehen etliche Highlights in den kommenden Wochen an!

Die kommende Europawahl wird auch immer wieder als Schicksalswahl betitelt. Warum ist für Dich diese Europawahl so entscheidend?

Politik ist selten so klar wie im Moment. Wir haben ganz konkret die Wahl zwischen zwei Seiten: Ein weltoffenes, ein tolerantes Europa auf der einen Seite, mit einem Europa das von seiner Vielfalt lebt und sie zelebriert. Oder auf der anderen Seite ein Europa, das sich abschottet, das sich zurückzieht in Nationalismus, in Angst und in Hass. Auf dieser Seite stehen Kräfte, die die Europäische Union abwickeln wollen. Wir wissen, auf welcher Seite der Geschichte wir stehen wollen. Wir sehen die Möglichkeiten der Europäischen Union und wollen ihre Chancen nutzen. Was super läuft wollen wir voranbringen und wo es noch hakt, da wollen wir reformieren.

Seit letztem Jahr bist Du Präsidentin von LYMEC, dem Dachverband aller Liberalen Jugendorganisationen in Europa. Wann war für Dich klar, dass Europa Dein Thema ist?

Ich kam 2009 während meines Bachelors zur Politik. Damals gab es an vielen Universitäten Bildungsstreiks, Hörsäle waren blockiert, Studierende demonstrierten und ich habe mich auch gefragt, wie kann ich etwas bewirken? Und so entschied ich mich dort hinzugehen, wo man wirklich etwas verändern kann: In die Politik. Ich kandidierte für die Liberalen Hochschulgruppen für das Studierendenparlament und war so begeistert, dass ich mehr machen wollte. Ich

trat den Jungen Liberalen und der FDP bei und kam über die internationale Arbeit zu LYMEC. Und da passierte es, bei meinem ersten LYMEC-Event 2012 war es um mich geschehen: Es war ein Training in Brüssel mit 30 anderen jungen Leuten, die über Europapolitik diskutierten. Jeder mit einem ganz anderen Hintergrund, aber geeint in einer liberalen Weltsicht. Mir schwirrte der Kopf vor Eindrücken und ich wusste, ich habe meine Politikwelt gefunden. Mein Wunsch etwas verändern zu können, zusammen mit dem Spirit dies mit so vielfältigen Menschen tun zu können, hatte einen Platz gefunden.

Die AfD hat Kandidaten für das Europaparlament, möchte dieses aber am liebsten abschaffen. Orbán und Co. missachten offenkundig den Geist der Europäischen Gesetze. In Italien heizen Populisten die Stimmung gegen die EU immer weiter auf. Was setzen wir dem entgegen?

Die Europäische Union muss ein Vorbild für Werte und Zusammenarbeit sein.

Deshalb müssen wir konsequent aufstehen gegen die Widersacher unseres Lebensstils, unserer Werte und unserer Demokratie. Mit LYMEC habe ich schon mit unseren liberalen Freunden in Ungarn und Polen für Freiheit und Menschenrechte demonstriert. Gerade unsere Generation verdient eine Europäische Union, die zuhört und eingreift, wenn nationale Regierungen die Grundwerte und Prinzipien der Union aushöhlen wollen. Als Europäer müssen wir immer wieder zeigen, dass Menschen- und Bürgerrechte unsere Stärke sind. Wir Liberale treten in einer starken Allianz mit unseren Parteifreunden in den anderen Ländern gemeinsam an. Wir feiern die Europäische Union mit ihrer Vielfalt, wir setzen den Gegnern und den Zweifeln ein klares Bekenntnis zur Union entgegen.

Und wo muss sich die Europäische Union selbst deutlich bessern?

Oft hört man, die Europäische Union habe etwas verbockt ohne zu definieren, wer oder was gemeint ist. Die Entscheidungen der Union werden vor allem durch das direkt gewählte Parlament und die Regierungen der Mitgliedsstaaten getroffen. Wenn wir uns angucken, wo es oftmals hakt, dann ist dies bei den Mitgliedstaaten. Beispielsweise die Reform der Dublin-Regeln stockt aufgrund der Trägheit und Zerstrittenheit der Länder, das Parlament hat schon lange einen Entwurf vorgelegt. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union müssen sich mehr bemühen,

zu erklären und zu kommunizieren und sich weniger aus der eigenen Verantwortung zu ziehen. Erfolge dürfen nicht nur als nationaler Erfolg eingeheimst und für ein Land harte Entscheidungen nicht pauschal auf die EU geschoben werden. Denn jedes Land hat ein Ergebnis mitverhandelt. Daher wünsche ich mir besonders, dass wir endlich nicht nur vor Europawahlen über Europapolitik reden, sondern besonders vor den Bundestagswahlen. Ich möchte von jeder Partei hören, für welche Themen sie sich im Rat der Europäischen Union einsetzen wird, wenn sie in der Regierung ist.

Sprechen wir über Dich persönlich: Welche Motivation hattest Du, gerade bei dieser Europawahl anzutreten?

Seit 2014 mache ich im LYMEC-Vorstand ehrenamtlich Europapolitik. Ich war in den letzten fünf Jahren in 32 verschiedenen europäischen Ländern und durfte viele junge Menschen und ihre Geschichten kennen lernen. Dabei habe ich immer wieder erlebt, wie ähnlich sich Wünsche und Herausforderungen sind, und wie sehr die Vorstellung eint, gemeinam mehr erreichen zu können. Dieses Puzzle an Begegnungen, Momenten und Geschichten von so vielen Menschen ist mein Motivator; mein Grund und Antrieb Europapolitik zu machen und mein Engagement auf die nächste Stufe zu bringen und aus dem Parlament heraus etwas bewirken zu können.

Du hast drei Projekte zur Auswahl: Welche Herzensthemen würdest Du im Europaparlament direkt angehen und warum?

Ich würde wahnsinnig gerne am digitalen Binnenmarkt mitarbeiten und endlich die Grundlagen für Europas zukünftige Wettbewerbsfähigkeit legen. Auch würde ich am liebsten nochmal das Thema Urheberrechtsreform aufmachen, die wurde mit Leistungsschutzrecht und Uploadfiltern völlig vermurkst, weil man krampfhaft versucht hat, alte Geschäftsmodelle in eine neue Welt zu übertragen, anstatt neue Lösungen zu finden. Und grundsätzlich habe ich mir vorgenommen, dass ich Politik greifbarer sowie Abgeordnete und ihre Arbeit nahbarer machen möchte. Das ist weniger ein politisches Thema als eine Haltung, die mir gerade als junge Politikerin sehr wichtig ist.

Wir bedanken uns herzlich für das Gespräch und freuen uns auf einen tollen Europawahlkampf mit Dir, Svenja!

Eine neue Erzählung von Europa

Was wollen wir Junge Liberale in der EU verändern? Hierauf gibt unser Europawahlprogramm mit seinen vielen Ideen eine ebenso ausführliche wie ambitionierte Antwort. Schließlich soll die Politik aktiv gestalten und nicht nur über Veränderung reden. Politik ist aber nicht nur ein Ideenwettbewerb, sondern auch ein Wettstreit der Erzählungen. Die Brexit-Befürworter haben weniger wegen konkreter Kritik an der EU gewonnen, sondern weil sie erfolgreich das Bild einer elitären, zentralistischen und überregulierenden Brüsseler Bürokratie gezeichnet haben. Auch viele Bürger in den Mitgliedsstaaten der EU stehen ihr kritisch bis ablehnend gegenüber, für Populisten aller Couleur ist sie eine Projektionsfläche für alles, was schlecht läuft. Soll die europäische Idee, welche uns eine beispiellose Phase des Friedens und Wohlstands gebracht hat, dem Ansturm der Populisten standhalten, muss sie den Vorurteilen eine kraftvolle Erzählung entgegensetzen.

Europa als Friedensprojekt

Die EU ist die Antwort auf zwei Weltkriege gewesen. Die Erfolgsgeschichte des Friedensprojekts EU kann nicht oft genug betont werden. Sie muss auch weiterhin eine tragende Erzählung von Europa sein. Allerdings zwingen die Wahlergebnisse der letzten Jahre zu dem Schluss, dass diese Erzählung nicht mehr ausreicht. Die EU wird zum Opfer ihres eigenen Erfolges: Je länger die Europäer in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben, desto mehr gerät in Vergessenheit, dass dies nicht selbstverständlich ist, sondern stets aufs Neue verteidigt werden muss. Und es gibt jene, welche die historische Leistung der EU anerkennen, denen aber ihre Gründungsmotivation für immer tiefere Integrationsschritte als Begründung nicht mehr ausreicht. Das ist ein strukturelles Problem, das sich mit zunehmendem Abstand zum zweiten Weltkrieg vergrößert. Erinnerungskultur und politische Bildungsarbeit sind wichtiger denn je, sie können aber die entstehende Legitimationslücke nicht vollends

füllen. Es braucht daher eine neue, eine zweite Erzählung, die auf der fundamentalen Entscheidung für ein vereintes Europa aufbaut und die Entscheidung für eine immer engere Union

absichert. Die Einheit Europas als notwendige Antwort auf die Bedrohung der europäischen geprägten Werteordnung durch die Machtverschiebungen in einer globalisierten Welt – das muss das neue Leitmotiv sein!

Das Ende des Westens?

Europa und die übrigen Staaten der westlichen Welt, allen voran die USA, haben bis in die jüngste Vergangenheit eine weltweite Dominanz ausgeübt, in wirtschaftlicher, technologischer und politischer Hinsicht. Das Ende des Kalten Krieges erschien manchem Beobachter schon als das „Ende der Geschichte“, als unaufhaltsamer Siegeszug von Freiheit, Demokratie und Wohlstand in der Welt. Heute dagegen ist die Krise des Westens unübersehbar. Das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum findet heute vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern statt. Chinas Aufstieg und Russlands Wiederaufstieg zur globalen Führungsmacht gingen mit einer Konsolidierung repressiver Strukturen im Inneren einher, während der US-Präsident als „Führer der frei-



en Welt“ ausfällt. Selbst in der EU werden die Werte des Westens - wie Freiheit, Individualität, Demokratie und Rechtstaatlichkeit - immer unverhohlener infrage gestellt. Populistische Bewegungen, die sich gegen „das System“ richten, gewinnen ebenso an Einfluss wie völkisch-autoritäre Parteien. In manchen Ländern haben sie bereits die Macht erobert und arbeiten daran, sie nicht mehr abgeben zu müssen. Die Strahlkraft des Westens hat nachgelassen. Es ist höchste Zeit, sich dieser zerstörerischen Entwicklung entgegen zu stellen.

Europa als Zweckgemeinschaft

In einer sich globalisierenden Welt wird das eurozentrische Weltbild schnell zur Antiquität. Europa muss mit einer Stimme sprechen, oder wird sich nicht mehr Gehör verschaffen können. Das ist eine banale Einsicht, aber sie muss kraftvoll verbreitet werden. Denn viele Bürger treibt die Sorge vor einem Kontrollverlust um. Die Lösung kann aber nur in einem engeren Zusammenrücken liegen. Geordnete Migrationspolitik, effektive Bekämpfung von organisierter Kriminalität, außenpolitische Handlungsfähigkeit: All das gibt es nur in einem vereinten Europa. Gleiches gilt für den Klimawandel, für die Unterbindung von missbräuchlichen Geschäftspraktiken multinationaler Konzerne und die Sicherung der Energieversorgung. Die Synergieeffekte gemeinsamen Handelns lassen sich auf diese Weise weitgehend von den jeweiligen politischen Präferenzen entkoppeln - Europa bietet jedem einen Mehrwert. Und dieser muss deutlich gemacht werden.

Europa als Wertegemeinschaft

Europa darf nicht nur als geographische Bezeichnung verstanden werden. In Zeiten, in denen die Werte des Westens zunehmend negiert werden, müssen Wertebewusstsein und Wertebewahrung in den Fokus europäischen Denkens treten. Wirtschaftliche und politische Integration ist zufällig und damit ohne hinreichende Legitimation, wenn sie nicht auf gemeinsamen Werten fußt, die integrativ alle Bürger zusammenhalten. Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts muss mit Leben erfüllt werden.

Alles Handeln der EU-Organen muss dem neuen Leitbild entsprechen, das Europa als bedrohte, aber zu bewahrende Wertegemein-

schaft in den Mittelpunkt stellt und die immer engere Gemeinschaft als notwendiges Zusammenrücken in Zeiten größerer Gefahren und sinkender Bedeutung Europas deutet. Nicht nur mit den Erfordernissen von früher, sondern den Problemen von heute muss argumentiert werden. Dieser Leitbildprozess und seine Implementierung sind essenziell für das Gelingen einzelner Reformen und für die Zukunft der EU insgesamt. Er muss sich auch niederschlagen in der Bildungs- und Aufklärungsarbeit der EU. Die Bürger müssen wieder stärker mit der Tatsache konfrontiert werden, dass ihr Leben in Freiheit und Frieden nicht selbstverständlich, sondern weltweit immer noch eine Ausnahme und teils wieder auf dem Rückzug ist.

Die EU muss ihre Werte betonen und in ihrem Handeln sichtbar machen. Entschlossenes Handeln gegen die Untergrabung von Grundwerten in Mitgliedstaaten und eine Kopplung von Fördermitteln an das Einhalten von grundrechtlichen und rechtsstaatlichen Standards müssen einer Rhetorik der wehrhaften Demokratie zur Seite stehen.

Am wichtigsten bleibt aber der Wille zur Erneuerung - und die Vergewisserung, warum die EU in Zukunft wichtig ist. Denn von der Selbstbehauptung der EU hängt auch der Fortbestand westlicher, liberal-demokratischer Werte als politischer Faktor ab.

Ein starkes Europa - auch im 21. Jahrhundert

Die Europawahlen stellen die Weichen für die Zukunft der EU. Zusammen mit den liberalen Partnern in der EU müssen die Freien Demokraten für ein Europa kämpfen, das das Mandat seiner Bürger bekommt, Europas Probleme zu lösen. Im Europäischen Parlament ist es an den Liberalen, die lähmende Große Koalition aus Konservativen und Sozialdemokraten aufzubrechen und einen echten politischen Wettbewerb um die besten Ideen aufkommen zu lassen. Das ist auch das beste Mittel, um die Populisten von rechts und links in die Schranken zu weisen.

Europa ist unsere Zukunft, sonst haben wir keine. Die berühmten Worte Genschers sollten Leitmotiv einer neuen Erzählung von Europa werden.



MARC BAUER (24) ist Jurist und leitet den Bundesarbeitskreis Wirtschaft, Energie und Finanzen. Du erreichst ihn unter marc.bauer@julius.de



Brexit incoming

Wie in London gerade mit
der Zukunft der jungen Generation
gezockt wird

Auch wenn immer wieder über technische Verlängerungen diskutiert wird – dass der Brexit am Ende stattfinden wird, daran zweifeln in London nur wenige. Unser International Officer Franziska studiert aktuell in Großbritannien und kann hier direkt von ihren Eindrücken berichten.

Kurz vor dem Brexit-Referendum flog eine kleine Gruppe von Jungen Liberalen nach London, um dort Wahlkampf zu machen und für den Verbleib Großbritanniens in der EU zu werben. Ich bin damals nicht mitgeflogen – wie so viele Menschen war ich fest davon überzeugt: Am Ende würde das Referendum schon gut ausgehen, die faktisch besseren Argumente würden sicherlich die Mehrheit der Abstimmenden überzeugen. Ich lag falsch.

Trotzdem oder gerade deshalb habe ich mich im Frühjahr 2017 für einen Studienplatz in Großbritannien beworben, während die Verhandlungen zwischen der britischen Regierung und der Europäischen Union über den Austritt bereits in vollem Gange waren. Ich war mir sicher, dass beide Verhandlungsseiten es schon nicht zu einem harten Brexit kommen lassen würden und wurde den Gedanken nicht los, dass ich mir aktuell keinen spannenderen Ort für ein Studium der Europäischen Politik aussuchen könnte. Während letzteres sich bewahrheitet hat, lag ich, ebenso wie die große Mehrheit der europäischen Politiker, Journalisten und Kommentatoren, bei der Prognose über einen möglichen harten Brexit, erneut falsch.

Das Vereinigte Königreich ist stark gespalten – das wurde schon bei einem Blick auf die Abstimmungsunterschiede zwischen England und Schottland sehr deutlich. Tatsächlich gibt es aber noch viele Trennungslinien, die zu beobachten sind: Zwischen Jung und Alt, zwischen Tories und Labour-Partei, zwischen London und dem Rest des Landes. Fakt ist: Beim Ringen um den weiteren Umgang mit der Europäischen Union – zunächst im Rahmen des Referendums selbst, dann im Rahmen der Brexit-Verhandlungen – werden alle Interessen sorgfältigst abgewogen und in der Presse in kleinstem Detail dargestellt, nur die Interessen der jungen Generation kommen zu kurz.

Der Luxus der Vergangenheit

Sowohl wir als junge Generation in Deutschland als auch die junge Generation in Großbritannien sind in einer Zeit aufgewachsen, in der es für junge Menschen innerhalb Europas scheinbar von Jahr zu Jahr und von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer zahlreichere Möglichkeiten, immer größere Chancen, immer mehr Vorteile zu geben schien. Der Brexit wird uns nun unmissverständlich vor Augen führen: Dieser Luxus, den wir als Automatismus wahrgenommen haben, war tatsächlich das Ergebnis harter politischer Arbeit im Rahmen der Europäischen Union. Es wurde viel darüber berichtet, welche Folgen der Austritt Großbritanniens aus eben dieser Union für die britische und deutsche Automobilwirtschaft haben wird, welche Konsequenzen für die Börse zu erwarten sind, welche parteipolitischen Nachwehen das Ausgehen der Verhandlungen in London haben wird. Dabei wird eines völlig aus den Augen verloren: Der Brexit wird die Mobilität junger Menschen in Europa zum ersten Mal seit Jahrzehnten enorm verringern und wird die besten Universitäten unseres Kontinents vor Schwierigkeiten stellen, die kaum zu bewältigen sind.

Noch vor kurzem berichtete der deutsche Botschafter in Großbritannien, dass die Europäische Union jährlich eine Milliarde Pfund in Bildung und Forschung investiert. Geld, das natürlich vor allem bei den großen und bekannten Universitäten landet. Großbritannien ist außerdem

Hauptempfänger von Unterstützung durch Horizon 2020, das größte europäische Forschungs- und Innovationsprogramm aller Zeiten. Langsam aber sicher dämmert den Universitäten, dass sie nach dem Brexit nicht mehr weitermachen können wie bisher, den ausländischen Studenten, dass alles – selbst ihre europäische Krankenversicherung – bald nichts mehr wert sein könnte und den zukünftigen Studenten aus dem EU-Ausland, dass sie wahrscheinlich das drei- bis vierfache an Studiengebühren zahlen werden müssen als die Studenten, die ein halbes Jahr vor ihnen mit ihrem Studium begonnen haben.

Eine gefährliche Gemütlichkeit

Dass all dies in der Presse bisher weniger Beachtung findet als die voraussichtlichen Veränderungen in den Lieferketten von Automobilherstellern, ist zu einem gewissen Teil sicherlich auch ein wenig selbstverschuldet – London, Oxford und Cambridge sind der Inbegriff von politischen Bubbles. In London werden junge Menschen von der direkten Nähe zum Ort des politischen Geschehens und von der internationalen Gestalt der Großstadt politisiert – und können sich gar nicht vorstellen, dass es anderen Menschen anders gehen könnte. In Oxford und Cambridge hat sich im Gegenteil eine gefährliche Gemütlichkeit ausgebreitet. Am Ende, so glaubt man, wird schon alles gut gehen. In aller Ruhe werden weiter wissenschaftliche Paper geschrieben, vergewissert man sich auf Konferenzen gegenseitig darüber, wie wichtig die Europäische Union ist und beschwert sich darüber, dass die Mehrheit der Briten das scheinbar nicht versteht. An den Fenstern sind EU-Fahnen zu sehen – aber als die Liberal Democrats Studenten dazu einluden, sie kostenlos zur Anti-Brexit-Demonstration nach London zu fahren, blieben viele Plätze leer – am Ende sind die Uni-Deadlines dann doch wichtiger.

Dennoch ist es ein echtes Armutszeugnis, dass die politischen Lager in Großbritannien sich so verhärtet haben, dass es inzwischen kaum noch möglich ist, überhaupt zu irgendeiner Einigung zu kommen. Dass sich mit der Labour-Partei die größte Oppositionspartei des Landes jahrelang geweigert hat in Sachen Brexit eine Meinung zu vertreten, hat die Möglichkeit eines ungeordneten Brexits von Anfang an zu einer echten Option gemacht. Nur, dass kein Beobachter – mich eingeschlossen – es glauben wollte. Dabei spielte nur eines eine Rolle: Wählerumfragen. Nicht nur die Labour-Partei sondern auch alle anderen Beteiligten, die nun bis zur letzten Sekunde pokern, sollten wissen, dass ihr Einsatz nicht nur das Schicksal eines ganzen Königsreichs ist, sondern auch das einer ganzen europäischen Generation.

Herausforderung incoming

Vielleicht wird die jüngere Generation in Großbritannien, die unter diesem politischen Schauspiel leiden wird, irgendwann die Generation sein, die den Wiedereintritt Großbritanniens in die Europäische Union verhandelt. Ich hoffe, dass wir den Politikern, die sich bis dahin zur Ruhe gesetzt haben, dann zeigen können, dass es auch anders geht. Bis dahin liegt eine enorme Herausforderung vor uns. Es gilt, die junge Generation auf britischer und deutscher Seite nicht auseinanderdriften, sondern aufeinander zugehen zu lassen, obwohl die Voraussetzungen dafür schlechter sein werden, als je zuvor. *Wie gut, dass wir Herausforderungen lieben.*



FRANZISKA BRANDMANN (24) ist International Officer der Jungen Liberalen und studiert Europäische Politik in Oxford. Erreichen kannst Du sie unter brandmann@julius.de

Upload-Filter

Sinnbild des begrenzten Nutzens einer rätselhaften EU-Politik

Die mögliche Einführung sogenannter „Upload-Filter“ zeigt, wie die EU mit dem Thema Digitalisierung umgeht: Statt mit Vorfreude und Begeisterung in die Zukunft zu blicken, wird aus dem „Chancenkontinent Europa“ eher der Abschreckungskontinent für E-Commerce und künstlerische Entfaltung. Dabei ist der Nutzen von Upload-Filtern sehr begrenzt: Eine Umgehung der urheberrechtlichen Überprüfung einer Datei ist auf verschiedenen Wegen möglich, die Filter können bei verschlüsselten Kommunikationswegen nicht auf die ausgetauschten Daten zugreifen.

Upload-Filter: Was kommt da auf uns zu?

Die Vorstöße zur EU-Urheberrechtsreform, insbesondere zu Artikel 13, lesen sich abenteuerlich: Die Haftungsprivilegierung von großen Plattformbetreibern aus der E-Commerce-Richtlinie soll abgeschafft werden. Betreiber sollen direkt haften, wenn Dritte (Nutzer) auf ihrer Plattform Urheberrechtsverletzungen begehen. Ausnahmen soll es gemäß der Position des EU-Parlaments nur für kleinste und kleine Unternehmen (Umsatz kleiner als 10 Mio. Euro) sowie für nicht-kommerzielle Plattformen, wie beispielsweise Online-Enzyklopädien, geben.

Dabei werden Plattformbetreiber im EU-Verordnungstext nicht direkt dazu verpflichtet, Upload-Filter einzuführen; es dürfte jedoch für einen Betreiber ab einer großen Anzahl an Uploads nur schwer praktikabel sein, mit der Menge an urheberrechtlichen Fragen ohne Automatisierung des Filterprozesses zurechtzukommen.

Bisher kam in der Debatte zwischen der Abstimmung über die Position des EU-Parlaments und der Position der Länder im EU-Rat noch keine Einigung auf einen Wortlaut zustande. Auch ein erster Kompromissvorschlag blieb erfolglos. Zeitgleich mit Redaktionsschluss wurde ein „zweiter, letzter“ Kompromissvorschlag für Artikel 13 der EU-Urheberrechtsreform vorgebracht: Dabei soll ein neuer Absatz eingeführt werden, nach dem nur ein Haftungsprivileg für nicht-kommerzielle Unternehmen bestehen soll. Bei kommerziellen Unternehmen soll nicht mehr allein der Plattformumsatz von Bedeutung sein, sondern die Dauer auf dem europäischen Markt (drei Jahre), der Jahresumsatz sowie die Nutzeranzahl. Sollte eines dieser Quoren erfüllt sein, ist die betreffende Plattform von der Urheberrechtsreform betroffen.

Sehr viel menschliche kreative Entfaltung, angefangen bei Remixes, Mash-Ups, Memes etc., könnte somit von Filteralgorithmen zurückgehalten werden. Ein Algorithmus könnte sich sogar schlicht über das Bestehen einer Urheberrechtsverletzung irren, wenn er beispielsweise





nicht zwischen erlaubter Parodie und unerlaubter Bild- oder Tonnutzung unterscheiden kann.

Begrenzter Nutzen des Upload-Filters

Die Einführung von Upload-Filtern geht dabei in einigen Fällen ins Leere. Beispielfhaft, aber sicherlich nicht abschließend, ist folgende Aufzählung:

1. Fall: Dezentraler Upload in Peer-To-Peer-Netzwerken (P2P)

So kann beispielsweise ein Upload-Filter nicht den öffentlichen Austausch einer Datei verhindern, wenn mehrere Computer in einem dezentralen P2P-Netzwerk miteinander Dateien im Austausch hochladen beziehungsweise speichern.

2. Fall: Versand verschlüsselter Daten zu Server in Drittstaaten

Durch Upload-Filter kann nicht verhindert werden, dass eine Datei verschlüsselt von einem Computer innerhalb der EU an einen Server gesendet wird, der sich in einem Drittstaat befindet. Also einem Server, der weder in Deutschland noch in der Europäischen Union gelegen ist. Der bekannteste Anwendungsfall dürfte dabei die Benutzung einer illegalen Tauschbörse sein.

3. Fall: Versand verschlüsselter Daten von einem Server in Drittstaaten

Im Umkehrschluss könnte eine verschlüsselte Datei ebenfalls von einem in einem Drittstaat befindlichen Server auf einen in einem EU-Staat befindlichen Server heruntergeladen werden. Ein Upload-Filter kann auch bei diesem Prozess nicht auslesen und beurteilen, ob die Datei das EU-Urheberrecht verletzt.

Chancenkontinent? Abschreckungskontinent!

Dadurch gerät europäische Politik erneut in die Spirale, in die auch bereits die DSGVO gerutscht ist: Nett gemeint von der europäischen Legislative, aber schlecht verabschiedet und vom nationalen Gesetzgeber noch schlechter umgesetzt. Es wird nicht geschützt vor tatsächlich kriminellen Aktivitäten. Praktisch werden einfache Bürger in ihrer freien Entfaltung gestört und sowohl beim Schaffen kreativen Inhalts als auch beim Konsum kreativen Inhalts drangsaliert.

Die EU blickt nicht mit Vorfreude und Begeisterung in die digitale Zukunft. Sie beschränkt sich zu sehr auf die Verunsicherung, die durch den Geschwindigkeitsunterschied zwischen politischen Prozessen und digitaler

Disruption entsteht. Der richtige Weg ist ein anderer: Es gibt viele Themen, die um einiges disruptiver als bisherige Innovationen der Informationstechnologie werden können: Quantencomputer, die die Rechenleistung bisheriger Computer um ein Vielfaches übersteigen. Damit unabdingbar verbunden die Post-Quantum-Kryptographie, welche die bisher höchsten bekannten Kryptographie-Standards innerhalb weniger Minuten durchdringen kann. Die Frage nach Datenschutz ist nicht dann essentiell, wenn Webseiten Cookies der Nutzer speichern, aber sicherlich dann, wenn es um kryptographische Verfahren geht, die auch gegen einen Angriff mit einem Quantencomputer sicher sind.

Verfahren eines RSA-Kryptosystems sind mathematisch momentan nicht lösbar; auch die Rechenleistung traditionell operierender Computer wächst nicht schnell genug, sodass in absehbarer Zeit damit zu rechnen wäre. Was aber, wenn ein Hacker mit einem Quantencomputer sämtliche Verfahren, selbst diejenigen mit den höchsten kryptographischen Standards, problemlos hacken könnte?

Fazit

Klar wird durch diese Debatte nur eines: Die EU befasst sich momentan zu intensiv mit der Frage der effektiven Eindämmung der Gefahren des freien Internets, ohne Rücksicht auf die Effizienz ihrer Maßnahmen zu nehmen. Wie sichert eine Kanzlei die Daten ihrer Mandanten, wenn immer schneller immer leistungsfähigere, praktisch einsetzbare Quantencomputer produziert werden? Wie schützt sich eine Bank gegen die drohende Datenunsicherheit ihrer Online-Banking-Nutzer? Wie schützt sich ein Konzern vor Wirtschaftsspionage?

Auf diese, für den digitalen Bereich viel bedeutenderen Fragen, hat die EU bislang keine Antworten. Dafür aber wird verhindert, dass YouTube-Nutzer XY den Text eines Liedes über die Melodie eines anderen legt. Die EU hat die Zukunft eindeutig noch nicht verstanden.



MAX PSCHIBEL (22) studiert Jura an der LMU München. Als Mitbegründer des Unternehmens „Zukunft Verstehen“ berät er zudem Unternehmen, insb. Anwaltskanzleien, bei der Digitalisierung und Automatisierung ihrer Arbeitsprozesse. Du erreichst ihn unter max.pschibel@campus.lmu.de

Wenn ich die Europäische Gemeinschaft neu gründen könnte...

Würde er nicht mit der Wirtschaft anfangen, sondern mit der Kultur, so sagte es einmal einer der Gründerväter der EU, Jean Monnet. Viele Jahre später entscheidet sich Emmanuel Macron für die Bildung.

Der französische Präsident schlägt nämlich nicht nur gemeinsame Streitkräfte oder einen europäischen Finanzminister vor, sondern auch die Einrichtung europäischer Universitäten als seine erste Säule der Erneuerung Europas.

Universitäten! Was liegt näher, wenn man Europa neu begründen will, als der Rückgriff auf eine der ältesten europäischen Institutionen? Universitäten sind es, die junge Europäerinnen und Europäer an jene Orte zusammenführen, an denen sie miteinander über die Zukunft des Kontinents debattieren können. Eine Zukunft, die lange nicht mehr so unsicher war.

Europäische Universitäten: Warum?

Warum brauchen wir neben den bereits bestehenden Einrichtungen wie dem Europäischen Hochschulinstitut noch eine Europäische Universität? Die großen Fragen der Zukunft, von der Digitalisierung bis zum Klimawandel und zur Verteidigung, werden wir nur noch gemeinsam als Europäische Union beantworten können.

Somit liegt es nahe, dafür einen gemeinsamen wissenschaftlichen Rahmen zu schaffen.

Eine Europäische Universität muss sich an der Spitze des wissenschaftlichen Fortschritts etablieren, also ihrem Anspruch nach zu den besten Hochschulen der Welt gehören.

Umsetzung Europäischer Universitäten

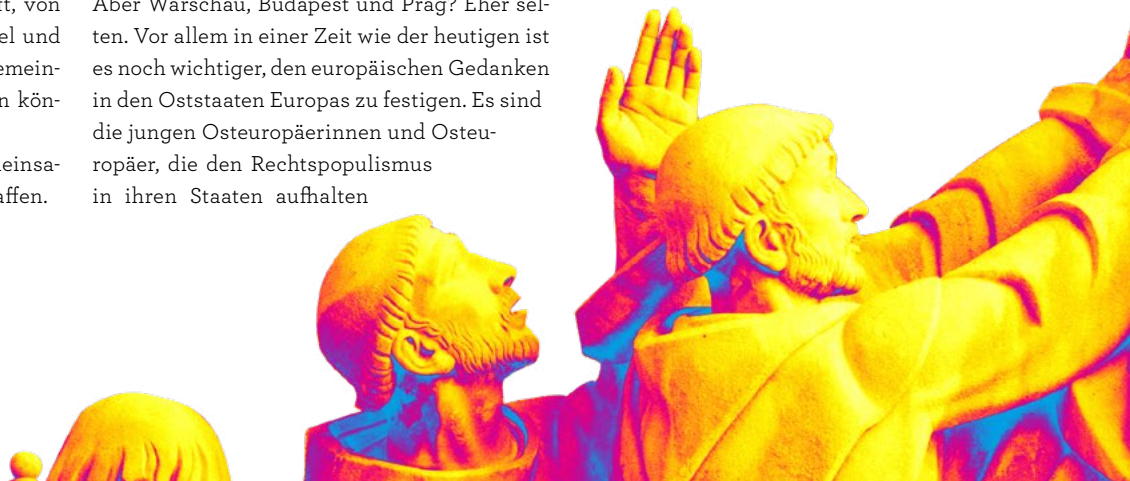
Die wesentlichen Bestandteile sind grenzüberschreitender Austausch und enge Zusammenarbeit. Die Gründung einer Europäischen Universität aus EU-Mitteln könnte das europäische Projekt stärken und erneuern. Studierende, Lehrende und Forschende sollten längere Zeit an anderen Universitäten verbringen. Zeit, die man nicht an der vertrauten Universität verbringt, fördert nicht nur ein selbstständigeres und unabhängigeres Leben, sondern öffnet auch die Ideen und Meinungen der jungen Europäer und Europäerinnen für neue Kulturen und den Austausch. Insbesondere sollte dabei berücksichtigt werden, dass ein intensiver Austausch mit jungen Osteuropäern geschaffen wird.

Ein Auslandssemester in Paris oder Barcelona? Hat man schon oft gehört und denkt eventuell sogar darüber nach. Aber Warschau, Budapest und Prag? Eher selten. Vor allem in einer Zeit wie der heutigen ist es noch wichtiger, den europäischen Gedanken in den Oststaaten Europas zu festigen. Es sind die jungen Osteuropäerinnen und Osteuropäer, die den Rechtspopulismus in ihren Staaten aufhalten

können. Dabei soll auch darauf geachtet werden, dass die Finanzierung solcher Aufenthalte nicht ins Unermessliche steigt. Selbstverständlich kann es sich nicht jeder leisten, ein Auslandssemester zu absolvieren. Doch auch hierfür könnte die Europäische Universität eine Lösung sein.

Die Europäische Universität als Netzwerk

Der Austausch muss nicht unbedingt vor Ort stattfinden. Schon immer strebten Hochschulen möglichst viele Partnerschaften untereinander an. Mit diesen Partnerschaften schaffen es die Hochschulen weltweit sichtbar zu werden. Sie tauschen Studierende aus, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler forschen gemeinsam. Auf dieses Netzwerk soll die Europäische Universität direkt aufbauen. Dabei wachsen die Hochschulen nämlich näher zusammen. Sie können ganze Universitäten verknüpfen oder auch einzelne Fakultäten zu mehr Forschungsergebnissen durch mehr Zusammenarbeit verleiten. Dabei geht es nicht darum, dass diese Menschen alle in einem Raum sitzen.



Die fortschreitende Digitalisierung der Lehre und Forschung ist auch hier eine Voraussetzung für die Europäische Universität. Denn so können auch jene einen europäischen Zugang haben, die es finanziell nicht stemmen können, in einem anderen Land zu studieren.

Durch dieses Netzwerk wäre es viel einfacher, Online-Vorlesungen von Partnerhochschulen anzubieten. Heute gehe ich nicht in meine Vorlesung zum deutschen Zivilrecht, sondern klappe meinen Laptop auf und lerne etwas von einem Professor aus Frankreich über den Code Civil. Ich könnte dabei sein, ohne physisch vor Ort zu sein.

Ziele der Europäischen Universität

Es geht darum, eine breiter gefächerte, allgemeinere Bildung zu gewährleisten. An den Universitäten wird ein Grundverständnis für Europa vermittelt. Die jungen Studierenden sollen sich auf das zurückbesinnen, was Europa ihnen bringt. Welche Vorteile es mit sich zieht, in der Europäischen Union zu sein. Es soll vermittelt werden, dass wir gemeinsam mehr erreichen als alleine.

Außerdem soll der sprachliche Sektor ausgebaut werden. Voraussetzung für jeden Studierenden an der Europäischen Universität muss das Beherrschen der englischen Sprache sein. Zudem sollten die Studierenden neben Eng-

lisch und ihrer Muttersprache auch eine dritte europäische Sprache erlernen. Die Mehrsprachigkeit Europas ist eine Chance für jeden Einzelnen, seine eigenen Fähigkeiten auszubauen und zu stärken.

Ein Projekt für die Eliten?

Auf diese ausstehende Frage habe ich eine ganz klare Antwort: Nein. Die Europäische Universität soll als eine Chance gesehen werden, dass jede Europäerin und jeder Europäer sich auch dessen bewusst wird, dass sie oder er einer ist. Sie soll die jungen Studierenden einen. Sie wird Absolventen entlassen, die die Europäische Union nicht als trockenes Projekt erleben, sondern diese konkret erfahren haben.

Es geht nicht darum, eine erlesene Gruppe von Studierenden zu privilegieren. Die Europäische Universität soll ein Netzwerk werden, welches es jedem in der Europäischen Union ermöglicht, an Lehre und Forschung teilzunehmen. Sie soll junge Menschen verbinden, die bereit sind zu diskutieren und zu verbessern. Es soll kein elitärer Austausch von Jahrgangsbesten werden.

Lasst uns anfangen, unsere Universitäten zu vernetzen und die

Idee einer europäischen Bildung zu diskutieren, zu formen und schlussendlich zu bilden.



NADIN ZAYA (20) studiert an der Georg-August Universität in Göttingen Rechtswissenschaft und engagiert sich im Kreisverband der JuLis Hannover. Sie sieht in der Vernetzung junger Europäerinnen und Europäer eine neue Chance für die Europäische Union. Du erreichst sie unter *nadin.zaya@julis.de*



Ein ganz normaler Arbeitstag

Johannes Vogel ist seit 2017 wieder Bundestagsabgeordneter für die Freien Demokraten. Schon von 2009 bis 2013 saß der Generalsekretär der FDP NRW im Bundestag. Aber was macht ein Mitglied des Bundestages eigentlich den ganzen Tag? In Zeiten von Faulheitsvorwürfen gegenüber sämtlichen Politikern seitens der AfD verschafft sich das jung+liberal selbst einen Eindruck vor Ort – und stellt dabei fest, dass der Bundestag zurecht den Namen „Arbeitsparlament“ trägt.

Donnerstag, 17. Januar 2019. Es ist Sitzungswoche im Deutschen Bundestag. Von Mittwoch bis Freitag finden Debatten im Plenarsaal des Bundestages statt. Schon an den Tagen zuvor erfolgt die Vorbereitung darauf: Am Dienstag und Mittwoch finden Sitzungen der Arbeitsgruppen Arbeit und Soziales, der Johannes Vogel vorsitzt, des Arbeitskreises II der FDP-Fraktion und die Ausschusssitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages statt. Zusätzlich tagt am Dienstag die Fraktion der Freien Demokraten.

Gegen 12 Uhr kommen wir im Büro des Sprechers für Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik an. Den Morgen hat Johannes im Plenarsaal verbracht. Für einen kurzen Empfang und Smalltalk bleibt Zeit; dann geht es aber auch schon los.

Einer der ersten Termine, der für Johannes heute ansteht, ist ein Gespräch mit seinem Kollegen Grigorijs Aggelidis. Die Abgeordneten der Fraktion tauschen sich immer wieder über bestimmte Themen aus. Strategische Ausrichtung, das Voranbringen von Inhalten – all das geschieht nicht von allein, sondern in Verbindung mit den Mitarbeitern und Abgeordneten der FDP. Das gilt übrigens nicht nur für Themen, die im Parlament diskutiert werden: Auch der Verband selbst, die interne Kultur stehen immer wieder auf der Tagesordnung. Nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag im Jahre 2013 befinden sich die Freien Demokraten in einem stetigen Entwicklungsprozess. Während

des 30-minütigen Gesprächs von Johannes und Aggelidis läuft im Hintergrund die Plenardebatte weiter. In allen Büros der Abgeordneten stehen Fernseher, damit die Debatte auch von dort aus weiterverfolgt werden kann. Wir blicken uns im Büro von Johannes um: Vergebens suchen wir Bücher und Papier. Im Regal sind wenige Andenken aufbewahrt und zwei Aufsteller, die die Aufmerksamkeit auf sich ziehen: „Stand For Change“ und „Enkelfitte Rente“ prangt auf den Schildern. Zwei Mantren, die der Generalsekretär der FDP NRW auch selbst lebt. Als Sprecher für Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik treibt Johannes Themen wie die Flexibilisierung von Arbeit, Vereinbarkeit von Arbeit und Familie und Home-Office voran. Die Themen werden im Büro vorgelebt: Johannes gibt seinen Mitarbeitern den Freiraum, die Arbeit von dort zu erledigen, wo es für sie am besten ist. „Solange die Arbeit erledigt wird, ist mir eigentlich egal, wann und von wo sie das wird“, erklärt er dem jung+liberal.

Arbeit steht auch jetzt für Johannes wieder an: Nach dem Gespräch mit seinem Kollegen nimmt er sich eineinhalb Stunden für Schreibtischarbeit. Jeden Tag erreichen ihn Bürgermails, Anfragen von Journalisten, Anfragen für Gastbeiträge. Daneben muss Johannes als Generalsekretär der Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen für Rückfragen aus NRW ständig zur Verfügung stehen. Schon jetzt wird deutlich: Der Bundestag ist ein Arbeitsparlament. Das heißt: Abgeordnete sitzen nicht vom Anfang bis Ende im Plenarsaal. Zu Tagesordnungspunkten aus seinem Arbeitsbereich Arbeit und Soziales und dem Auswärtigem Ausschuss ist Johannes immer im Plenum anwesend – daneben stehen aber andere wichtige Termine für einen Politiker an.

Mittlerweile ist es nachmittags. Nach einem kurzen Abstecher in den Plenarsaal des Bundestages muss Johannes zu einem weiteren Termin. Heute ist das der Besuch eines Start-ups in Berlin. Vor Ort verschafft er sich einen Eindruck von der

Arbeit, die hier geleistet wird. „Besonders die Arbeitsabläufe und die Arbeitsmethoden von kleinen und mittelgroßen Teams sind wahnsinnig spannend. Bei solchen Besuchen erfahren wir viel über bürokratische Hürden, mangelndes politisches Verständnis und besonders über die Lust der Menschen, freier und flexibler abseits des normalen Nine-To-Five-Jobs zu arbeiten – Feedback von solchen Menschen ist für die politische Arbeit essentiell“, erklärt uns Johannes.

Und jetzt? Ein Ende des Arbeitstages ist noch lange nicht in Sicht. Vom Besuch des Start-Ups kehren wir zurück in den Bundestag. Hier steht jetzt ein Treffen mit Journalisten auf der Tagesordnung. Der Austausch mit den Journalisten gehört zum politischen Alltag dazu. Hintergrundgespräche, Fernsehinterviews oder eben auch ein Interview mit dem Bundesmagazin der Jungen Liberalen: Die politischen Inhalte müssen kommuniziert werden. Denn die Hälfte der Politik sei Kommunikation, ist Johannes überzeugt.

Im politischen Berlin ist der Abend mittlerweile längst angebrochen. Ein letzter Termin steht noch auf der heutigen To-Do-Liste: Eine Rede bei einer Vereinigung. Diskussionsveranstaltungen im Themenbereich von Johannes – also Arbeit und Soziales – gehören zum Alltag dazu. Egal ob bei der IHK, der Verdi oder



JOHANNES VOGEL (36) war von 2005 bis 2010 Bundesvorsitzender von uns Jungen Liberalen. Seit seinem erstmaligen Einzug in Bundestag 2009, kümmert Johannes sich insbesondere um die Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik der Freien Demokraten.

der Kreishandwerkerschaft. Auch hier gilt: Der Austausch mit Vertretern aus seinem Themenbereich ist für die politische Arbeit unentbehrlich. Nur durch Kommunikation findet man im Verbund die besten Lösungen.

Nach neun Stunden neigt sich unser Besuch beim arbeitsmarkt- und rentenpolitischen Sprecher dem Ende zu. Viele Eindrücke bleiben. Austausch, Kommunikation, Erreichbarkeit für die Wählerinnen und Wähler vor Ort: All das muss ein Mitglied des Bundestages tagtäglich in seiner politischen Arbeit leisten, um nur wenige Punkte zu nennen.

Eins ist bei unserem Besuch bei Johannes Vogel mehr als deutlich geworden: Ein Politiker wird nicht für sein übermäßig vorhandenes Sitzfleisch im Parlamentssaal des Bundestages bezahlt. Politik in einer Demokratie ist so viel mehr.

Unser Interview mit Johannes Vogel

J+L: In diesem Jahr haben wir eine wichtige Europawahl vor der Tür stehen. Mit welchem Gefühl gehst Du in diese Wahl?

Johannes Vogel: Die anstehende Europawahl kann sehr spannend werden. Aus zwei Gründen: Erstens: Wir haben zum ersten Mal die Situation, dass sich die Europawahl nicht mit einem nationalen Wahlkampf überschneidet. Ich glaube, dass wir zum ersten Mal ernsthaft darüber reden können, ob im Europaparlament weiter eine Große Koalition die Mehrheit hat, oder ob wir diese brechen können.

Und zweitens?

Zweitens kann es uns gelingen ein weiteres Element, welches zu einem echten Wahlkampf dazugehört, hinzuzufügen: Nämlich Personalisierung. Die Liberalen mit Macron auf der einen Seite, die Christdemokraten mit Orbán und damit ohne klare Abgrenzung zu den Populisten auf der anderen. Auf diese Auseinandersetzung freue ich mich!

Also gehen wir ganz klar mit dem Anspruch die GroKo abzulösen in die kommende Europawahl?

Die Chance haben wir und das muss der Anspruch sein!

Bei der Europawahl wird es auch darauf ankommen, wie wir mit den Populisten des 21. Jahrhunderts umgehen. Was tun wir also gegen die Salvini und Orbáns in Europa?

Die erste Antwort ist genau diese Frage zuzuspitzen. Den Leuten zu sagen „Ihr habt es in der Hand“, „was ist das Signal dieser Europawahl?“. Ist das Signal dieser Europawahl, dass die Populisten stark geworden sind oder haben die Liberalen und Moderaten in der Mitte so stark zugelegt, dass sie eine seit 1979 bestehende GroKo im Europaparlament verhindern?

Und gerade inhaltlich muss man die Populisten dort stellen, wo sie insbesondere bei der Europawahl besonders angreifbar sind und mit konkreten Lösungsvorschlägen antreten. Glauben wir denn ernsthaft, dass das



21. Jahrhundert besser funktioniert, wenn wir in den globalen Fragen nicht als Europäer mit einer Stimme sprechen?

Und wo müssen wir Europäer mit einer Stimme sprechen?

Europa braucht endlich eine handlungsfähige Außen- und Sicherheitspolitik. Wir müssen auf Augenhöhe mit den Putins und Xi Jinpings dieser Welt agieren können. Zudem muss Europa als gemeinsamer digitaler Binnenmarkt stark werden. Lösungsansätze für den Klimawandel auf nationaler Ebene zu suchen, ergibt auch keinen Sinn. Andererseits gibt es auch Themenbereiche wie beispielsweise die Agrarpolitik, die eindeutig nicht mehr auf europäische Ebene gehören – hier wird Geld für Vergangenheitssubvention anstatt für Zukunftsinvestitionen verschwendet.

Und wo siehst Du Deinen Themenbereich auf europäischer Ebene?

Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auf die europäische Ebene zu verlagern, ergibt in meinen Augen keinen Sinn. Was wir brauchen, ist ein einheitlicher Arbeitsmarkt, sodass in jeder Hinsicht gilt: Ich kann arbeiten wo ich will. Zweitens benötigen wir Portabilität von Sozialleistungen: Es darf für die Berechnung der Rente kein Problem sein, wenn ich mehrere Jahre in Estland oder Portugal gearbeitet habe. Aber die Vereinheitlichung der nationalen Sozialsysteme ist ein fataler Fehler. Genau hier muss produktiver Wettbewerb herrschen. Es ist doch wünschenswert, dass wir uns in anderen Ländern informieren und inspirieren lassen, was dort gut funktioniert. Ehrlich gesagt glaube ich, dass diese Länder, wie beispielsweise Schweden, nicht vorangegangen wären, wenn wir die Sozialpolitik schon vereinheitlicht hätten.

Wie können wir den Ländern in Europa helfen, in denen beispielsweise eine relativ hohe Jugendarbeitslosigkeit herrscht?

Voraussetzung ist immer, dass wir in der Wirtschaft produktiv und in der Globalisierung gut aufgestellt sind. Die Grundfrage ist: Haben wir Produkte und Dienstleistungen, die innovativ, modern und nachgefragt sind? Die Länder können voneinander lernen und erkennen, was wo gut funktioniert und übernehmen. Wir können uns beispielsweise viel vom schwedischen Rentensystem abschauen. Dafür können sich andere Länder von mancher Aufstellung am deutschen Arbeitsmarkt inspirieren lassen: Was führt denn zu niedriger Arbeitslosigkeit in Deutschland? Das duale Ausbildungssystem, die Einstiegschancen und die Flexibilität des Arbeitsmarktes.

Und wie würde nun Dein Traum-Europa aussehen?

In meinem Traum-Europa wäre es erstens noch selbstverständlicher, dass wir, insbesondere als junge Menschen, Europa ernsthaft erleben. Die Idee aus unserem Wahlprogramm, Erasmus nicht nur für Studierende, sondern ebenfalls Schülerinnen und Schülern anzubieten, finde ich großartig. Das europäische Bewusstsein unter den Jüngeren kann nicht genug gestärkt werden – da geht noch mehr. Zweitens: Wir sorgen dafür, dass wir endlich Gas geben bei den großen Themen unserer Zeit: Klimawandel, Digitalisierung. Und last but not least: Wir sorgen dafür das Europa endlich auf Augenhöhe den Putins und Xi Jinpings entgegentritt.

Reden wir noch kurz über Deine Arbeit im Bundestag: Was hat sich in Deinem Themenbereich seit dem Wieder-einzug getan?

Leider zu wenig. Die Große Koalition verpasst die Chance für einen neuen großen Wurf in der Sozialpolitik. Die Digitalisierung und die Chancen der neuen Arbeitswelt bieten uns dafür eine großartige Leitidee. Leider passiert in vielen dieser Felder kaum etwas. Oder es passiert fatalerweise sogar das Falsche: Die Rentenpolitik ist ein ernsthaftes Desaster. Hier wird auf unverantwortlichste Art und Weise nicht nur das Geld mit dem Gartenschlauch verteilt, sondern ebenfalls schon längst erreichte langfristige Erfolge im Sozialsystem – nämlich das Rentensystem fit für den demographischen Wandel zu machen – rückabgewickelt.

Was muss sich also in Deinem Themenbereich tun?

Das erste zentrale Thema ist die Weiterbildung: Wie geben wir jedem und jeder in Zeiten des digitalen Wandels das Versprechen, teilhaben zu können? Zu der Weiterbildung gesellt sich die Flexibilität der Arbeit: Ich sollte selber entscheiden können, wann und wo ich wie arbeite. Um das umzusetzen, müssen flexible Kita-Öffnungszeiten und eine Modernisierung der Gesetze wie das Arbeitszeitgesetz angegangen werden. Und drittens kommt dazu die Schaffung eines modernen Rentensystems. Unser Rentensystem muss sich an die vielfältigen Lebensläufe anpassen. Warum lassen wir die Menschen nicht selbst entscheiden, wann sie in Rente gehen wollen?

Kurz und knapp zum Schluss: Was erwartet den Wähler in der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik der FDP?

Für den Großteil der Menschen gehört die Arbeit zur Selbstverwirklichung dazu. Um sich selbst zu verwirklichen, möchten die Freien Demokraten jedem die faire Chance geben, sein Leben mit maximaler Freiheit und Selbstbestimmung in die Hand zu nehmen und seinen Traum zu leben!

Für ein innovatives und freies Europa

Wenn ich gefragt werde, wofür Europa für mich persönlich steht, dann ist meine Antwort: Neben dem offenen Binnenmarkt und der Reisefreiheit, die Forschungs- und Innovationsunion. Gerade die Wissenschaft profitiert überproportional von Niederlassungsfreiheit, gemeinsamen Forschungsetats und dem Austausch mit ausländischen Kollegen. Aber reicht das? Sollten wir die Forschungsunion vielleicht updaten zur EU 2.0? Hier einige Denkanstöße.

Die Zeiten eines Forschungsnationalismus sind zum Glück vorbei. Wetteiferten früher die Sowjetunion sowie die Amerikaner um die Vorherrschaft, so ist das weltweite Miteinander über die letzten Jahrzehnte deutlich kollegialer geworden. Vorbei sind auch die Zeiten, in denen wissenschaftliche Veröffentlichungen erst einmal mühsam, teils von fachfremden Personen, übersetzt werden mussten. Internationale Forschung beruht mehr denn je auf Kooperationen. Auf europäischer Ebene ist hier exemplarisch das Forschungszentrum CERN an der schweizerisch-französischen Grenze zu nennen. Würde die europäische Forschungsunion nun wieder auseinander brechen, so stünden solch milliardenschwere Projekte unausweichlich vor dem Aus und es würde beinahe unmöglich, Spitzenforschung in Europa zu ermöglichen. In Zeiten eines weltweiten Ringens um Spitzenkräfte wäre das ein Genickschlag für die europäische Forschung.

Forschungsfreiheit in Zeiten des Reaktionismus wahren

Neben einem kompletten Aus der Forschungsunion wäre es ebenfalls fatal, wenn die EU sich

im Hinblick auf Genehmigungsverfahren für Forschungsprojekte auch in Zukunft viel zu oft im nationalen Klein-Klein verliert. Wenn jeder Staat seine eigenen Regeln zum Beispiel für Stammzellforschung oder genmodifizierende Verfahren macht, kommt es schnell zu abstrusen Abläufen innerhalb internationaler Projekte, wenn bestimmte Techniken nur in Teilen der beteiligten Länder erlaubt sind.

Insbesondere in Zeiten der aktuell wiedererstarkenden erzkonservativen Parteien, gerade in Osteuropa, muss die EU endlich verbindliche Standards schaffen, die nicht von einzelnen Regierungen ausgehebelt werden können. Wie sollen Spitzenforscher motiviert werden, in der EU zu forschen, wenn das entsprechende Projekt aufgrund der politischen Mehrheit auf wackeligen Füßen steht. So sehr ich als Liberaler den Föderalismus gutheißt: in diesem Kontext muss gemeinsam gehandelt werden.

Genehmigungsverfahren sinnvoll vereinfachen

Aber nicht nur Forschung profitiert stark vom europäischen Austausch. Auch der einzelne Verbraucher kann dankbar für die EU sein. Während in den USA neue Produkte, seien es Medikamente oder auch Elektrogeräte, bedenkenlos auf den Markt geworfen werden und die Hersteller oftmals mehr nach dem Motto „Auf gut Glück“ produzieren, statt direkt für sichere Produkte zu sorgen, müssen Bedenken für eine Markteinführung in der EU im Vorhinein widerlegt werden. Somit kann der Verbraucher sicher sein, dass jedes in der EU gekaufte Produkt den Ansprüchen entspricht. Natürlich gibt es auch hier einen Schwarzmarkt, der das Ganze umgeht. Im Sinne der Eigenverantwortung sollte hier allerdings jeder selber in der

Lage sein, einzuschätzen, ob der Feuerwerkskörper aus dem Kiosk an der Grenze wirklich so sicher ist.

So sicher wie das EU-System ist, so träge ist es leider auch. Ein Beispiel: Die Kartoffelsorte „Amflora“ wurde innerhalb weniger Monate durch innovative, genmanipulierende Verfahren entwickelt, um resistenter und ertragreicher zu sein als bisherige Sorten. Damit diese Sorte jedoch in der EU angepflanzt werden durfte, bedurfte es 13 Jahre Genehmigungsverfahren. In Deutschland wurde sie für insgesamt zwei Jahre angepflanzt, danach aber wieder vom EuGH verboten. Spannenderweise war einer der Hauptgegner ein gewisser Horst Seehofer – den Gedanken führt der Leser jetzt gerne selbst zu Ende. Nun kommt allerdings der Twist der Geschichte: Eine vergleichbare Kartoffelsorte wird heutzutage bedenkenlos angebaut, jedoch wurde diese auf herkömmlichem Wege gezüchtet. Das hat zwar alles viel länger gedauert, aber dafür haben wir ja jetzt eine viel bessere Kartoffel, die nicht durch „böse“ Gentechnik entstanden ist. Könnte man aber auch einfach Ressourcenverschwendung nennen...

Mein Appell an die EU ist klar: Wir haben ein tolles System, doch ohne Innovation am System selbst ist der Wunsch nach Innovation im Allgemeinen oft nicht umzusetzen. Daher braucht es nach der Europawahl eine starke progressive und damit liberale Kraft im EU-Parlament!



FABIAN SCHEFCZIK (24) promoviert in Physik an der Ruhr-Universität Bochum und ist stv. Bezirksvorsitzender im Ruhrgebiet. Du erreichst ihn unter fabian.schefczik@julis.de

Ein Politikwechsel für Europa



Seit Jahren kommt Europa nicht mehr richtig in die Gänge. Während die EU scheinbar sehr gut darin ist, sich um Kleinigkeiten des Alltags zu kümmern, können sich die Mitgliedstaaten bei den wirklich großen Herausforderungen unserer Zeit nicht auf gemeinsame Lösungen einig. Damit muss nun endlich Schluss sein. Wenn die EU das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen will, muss sie wieder damit anfangen, die großen Probleme zu lösen. Spätestens der Brexit sollte uns deutlich gemacht haben: Die Zeit dafür wird langsam knapp. Damit ein Politikwechsel möglich ist, müssen sich aber zwei Dinge ändern.

„Die EU“ entscheidet gar nichts

Erstens müssen wir lernen, richtig über Europa zu streiten. Statt nach 60 Jahren Mitgliedschaft ernsthaft immer noch hauptsächlich darüber zu diskutieren, ob die Europäische Union als solche eine gute oder schlechte Idee war, sollten wir endlich anfangen, über konkrete, europäische Politik zu streiten! Mit anderen Worten: Die Diskussionen sollten sich nicht mehr um das *Ob* sondern endlich um das *Wie* drehen!

Wir brauchen uns nicht wundern, dass antieuropäische Kräfte stark abschneiden, wenn die Konfliktlinien unserer Europa-Diskurse immer nur zwischen zwei scheinbar homogenen Lagern verlaufen: Den „Pro-Europäern“ und den „Anti-Europäern“. Entweder man findet alles gut an der EU, oder nichts. Es gibt nur „Ja zu Europa“ oder „Nein zu Europa“ – nichts dazwischen.

Diese „Friss oder stirb“-Mentalität stärkt letztlich die Ränder. Denn so werden auch Wähler, die die EU als solche für eine gute Idee halten, aber einzelne ihrer Politiken ablehnen, quasi dazu gezwungen, die scheinbar einzige Opposition zu wählen, die ihnen glaubhaft Wandel verspricht: Nämlich jene, die das gesamte europäische Projekt rückabwickeln will. Dabei muss doch niemand, der die EU als solche gut findet, auch jedes ihrer Gesetze befürworten!

Wir müssen deshalb zu einem Diskurs finden, der weggeht von einer

reinen „Pro oder Contra EU“-Debatte, hin zu einer „pro oder contra EU-Politik“-Debatte. Hierfür müssen wir auch endlich damit aufhören, jede europäische Verordnung „der EU“ anzulasten – als wäre sie eine homogene Blackbox, die völlig eigenständig Gesetze auswirft. Hierzulande käme doch auch niemand auf die Idee, zu sagen: „*Deutschland* hat ein neues Rentenpaket beschlossen“. Denn nicht die Institutionen machen Gesetze, sondern einzelne Akteure! Namentlich: Politiker, die man im Zweifel auch abwählen kann!

Warum also reden wir anders, wenn es um Europa geht? Lasst uns damit beginnen, nicht nach jeder umstrittenen Gesetzgebung der EU gleich das ganze europäische Projekt als solches zur Debatte zu stellen, sondern vielmehr darüber zu sprechen, welche Partei im EU-Parlament für und welche gegen ein Gesetz gestimmt hat. Wer bestimmte Politikfelder kritisch sieht, aber nicht die EU als solche, wird dann realisieren, dass er für deren Änderung nicht gleich das ganze europäische Projekt ablehnen muss. Wer einen Politikwechsel will, der kann ihn wählen!

Schluss mit der europäischen GroKo!

Damit das aber auch wirklich effektiv möglich ist, braucht es zweitens weitere institutionelle Reformen. Zwar haben die Bürger über das „Spitzenkandidaten“-Prinzip bereits ein Mitspracherecht darüber, wer sie auf europäischer Ebene regiert – doch von einem echten, parlamentarischen Regierungssystem sind wir leider noch weit entfernt. Denn bis auf den Präsidenten sind es immer noch die nationalen Regierungen, die die Mitglieder der Kommission auswählen.

Es hängt also nicht von einer politischen Mehrheit im EU-Parlament ab, welche Parteien uns regieren, sondern hauptsächlich von der Couleur der nationalstaatlichen Regierungsparteien. Das heißt: Schon heute, drei Monate vor der Wahl, sind dadurch die künftigen politischen Kräfteverhältnisse in der Kommission quasi bereits festgelegt.

Das ist ein fatales Signal an die Bürger, denn sie gewinnen so den Eindruck, durch ihr Kreuz bei der Europawahl keinen nennenswerten Un-

terschied machen zu können. Statt einer klaren Unterteilung in Regierungs- und Oppositionsparteien regiert quasi seit Anbeginn der EU eine übergroße Koalition aus hauptsächlich Sozial- und Christdemokraten, welche eine Konsenspolitik betreibt, die zwar jeden miteinschließt, sich dadurch aber meist nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen kann.

Das mag vielleicht funktioniert haben als die EU sich hauptsächlich mit technischen Fragen beschäftigte, die ohnehin fast keinen Bürger ernsthaft interessierten. Heute, da auf europäischer Ebene jedoch mitunter hoch kontroverse „große Politik“ gemacht wird, reicht das nicht mehr. Die Bürger müssen endlich die echte Möglichkeit bekommen, ihre europäische Regierung selbst zu wählen – und auch wieder abzuwählen, wenn sie unzufrieden mit ihr waren.

Wagen wir es deshalb, eine künftige EU-Kommission nicht nach Staatsangehörigkeit, sondern nach einer politischen Mehrheit zu besetzen – mit einer echten, starken, demokratischen Opposition auf der anderen Seite, die den Bürgern wählbare Alternativen anbietet. Hier sind die Mitgliedstaaten gefragt, ihre Blockadehaltung für entsprechenden Reformen aufzugeben.

Lassen wir uns also nicht weiter einen reinen „Pro oder Contra Europa“-Diskurs aufrängen, sondern reden wir endlich wieder mehr über konkrete Inhalte, wie die EU die Herausforderungen unserer Zeit am besten lösen kann! Lasst uns also wieder mehr über Europa streiten – aber endlich über das „wie“, statt immer nur über das „ob“! Und geben wir den Bürgern dementsprechend auch die Möglichkeit, endlich darüber mitzuentcheiden, wer sie regiert. Es ist Zeit, Europa aus dem Tiefschlaf zu wecken und das „Weiter so im Stillstand“ dieser europäischen GroKo abzuwählen!



PHIL HACKEMANN (23) ist stellvertretender Bezirksvorsitzender der FDP Oberbayern und JuLi-Kandidat zur Europawahl 2019. Du erreichst ihn unter hackemann@julis.de

Vom Wert der Europäischen Union

Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt, das seinesgleichen sucht. Noch nie gab es in Europa einen so langanhaltenden Frieden. Vor allem nicht ohne die unmittelbare Gefahr eines neuen Kriegs. Jetzt beginnt die Union zu bröckeln, der Frieden wird nicht mehr als etwas Besonderes angesehen, es gibt ihn einfach. Aber ist das wirklich so?

Nicht unbedingt...

Ich sage: Wir brauchen Europa noch! Bisher gekannte politische Strömungen lösen sich auf und formen sich um. Nationalistische Ansichten und die, die sie vertreten, werden immer populärer, sind in immer mehr Parlamenten und sogar Regierungen vertreten. Um dieses Ungleichgewicht auszugleichen, brauchen wir eine starke Gemeinschaft. Europa darf nicht weiter auseinanderbröckeln. Sonst lauert die Gefahr neuer kriegsähnlicher Auseinandersetzungen, wie auch immer diese im digitalen Zeitalter aussehen.

Ein weiteres Narrativ, das der Union von Anfang an zugeschrieben wurde, ist jenes der Wohlstandsvermehrung. Durch einen großen Marktplatz mit geringen oder gar keinen Zöllen sollten die Bruttoinlandsprodukte aller Mitgliedsländer vermehrt werden. Allerdings haben Krisen in der Wirtschaft verschiedener Länder dieses zusammenschweißende Thema von der Bildfläche verdrängt. Der Anteil der europäischen Länder am weltweiten Bruttoinlandsprodukt ist vom Jahr 1970 bis zum Jahr 2015 um 11,5 Prozentpunkte gesunken. Im Gegensatz dazu ist der chinesische Anteil am weltweiten BIP im selben Zeitraum um 8,8 Prozentpunkte gestiegen. Die Chinesen haben mittlerweile in vielen Bereichen in Europa durch Investments ihre Finger mit im Spiel. Dafür fordern sie gewisse politische Entwicklungen. Wir brauchen eine starke Europäische Union, die sich nicht alles gefallen lässt. Denn nur ein geeintes Europa, kann mit dem Global Player China mithalten.

Wir brauchen Europa! Gemeinsam ist der Einfluss der europäischen Staaten auf die sich rasant verändernde Welt wesentlich bedeutender als allein. Wenn sich die USA von Klimaabkommen zurückziehen, braucht Europa eine starke Stimme, die für unsere Umwelt eintritt. Herausforderungen wie den Klimawandel und

Nachhaltigkeit begegnet man effektiver mit Einigkeit und Zielstrebigkeit der verschiedenen europäischen Staaten.

Außerdem brauchen wir die EU, um verschiedenen Ländern auf die Finger zu schauen und so menschenwürdige Verhältnisse zu garantieren. Leider werden in der letzten Zeit immer wieder Grundrechte wie die Versammlungs- oder die Pressefreiheit in Mitgliedstaaten eingeschränkt. Es muss laut Verfassung der Europäischen Union unabhängige Gerichte geben und Journalisten müssen ihrem Beruf nachgehen dürfen. Die Europäische Union sollte verpflichtet sein, darauf zu achten, dass diese Grundsätze einer liberalen Demokratie gewahrt werden und im Extremfall auch Sanktionen ergreifen dürfen.

Neue Narrative?

Eine weitere Chance der Union ist die Förderung von Chancengerechtigkeit. Alle Kinder, Jugendliche und erwachsene Menschen in Europa sollten die Möglichkeit haben frei zu reisen. Vor allem das Erasmus-Projekt ist ein wichtiger Vorreiter für interkulturelle Bildung. Das Bildungssystem sollte in allen Ländern auf einem gleichen Stand sein. Gute Bildung darf nicht vom Geburtsort abhängen. Laut Artikel 165 und 166 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union kümmert diese sich um eine Politik der beruflichen Bildung, fördert also Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ländern, die bessere Bildung zum Zweck hat. Dies sollte stärker ausgeprägt werden!

Wir brauchen die Europäische Union, lasst sie uns schützen und fördern.



SINA BEHREND (18) macht in diesem Jahr ihr Abitur und möchte danach Europa kennenlernen und baut dafür auf eine starke Staatengemeinschaft. Du erreichst Sie unter sa-mg@live.de

Mehr als ein Bundesstaat

Friedensordnung der Zukunft

Angesichts unzähliger grenzüberschreitender Herausforderungen ist ein entschiedenes Eintreten für gemeinschaftliche europäische Lösungen, eingebettet in eine stabile institutionelle Ordnung, nach wie vor unerlässlich. Die mit Abstand wichtigste grenzüberschreitende Herausforderung – auch über die europäischen Außengrenzen hinaus – ist und bleibt die Herstellung, Erhaltung und Stabilisierung des Friedens. Das kann trotz der bisherigen zweifellos großen Erfolge in Zukunft nur gelingen, wenn der europäischen Integration ein visionäres Ziel gegeben wird. Ist dafür das Konzept des europäischen Bundesstaates geeignet oder brauchen wir eine grundlegend neue Ordnung?

Als der Kontinent am Ende des Zweiten Weltkriegs in Trümmern lag, bis zu 80 Millionen Menschen ihr Leben verloren hatten, ahnte niemand, dass fast zwanzig Jahre später in Luxemburg ein relativ junges Gericht – nach menschlichen Maßstäben vielleicht: frühpubertierend – Geschichte schreiben sollte. Der zwölf Jahre zuvor gegründete Europäische Gerichtshof stellte 1964 in zwei zunächst nicht weiter beachteten Urteilen – es ging konkret um Zölle auf Harnstoff-Formaldehyd für ein nie-

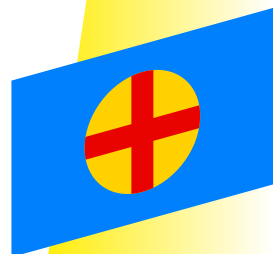
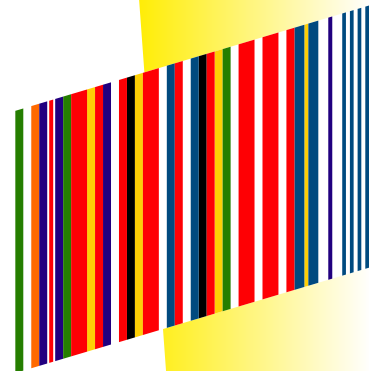
derländisches Transportunternehmen und eine nicht gezahlte italienische Stromrechnung – fest, dass das neu geschaffene Europarecht eine von den Mitgliedstaaten unabhängige Rechtsordnung eigener Art bildet. Der sonst im Völkerrecht zentralen Souveränität der Mitgliedstaaten kommt nur noch eine untergeordnete Bedeutung zu; Europarecht ist unmittelbar und gegenüber nationalem Recht vorrangig anwendbar.

Seit diesen bahnbrechenden Entscheidungen fungieren die Europäischen Verträge als Europäische Verfassung. Im Mittelpunkt steht die Integration durch Recht. Dessen praktische Wirksamkeit als leitendes Prinzip verhinderte weitgehend Protektionismus und die einseitige Durchsetzung von durch nationale Egoismen bestimmten Zielen einzelner Mitgliedstaaten. Nicht Integration durch machtpolitische Schachzüge und immer damit verbundener mittelbarer Gewaltsamkeit stand damit auf der Tagesordnung, sondern Verhandlungen und Kompromisse, die sich im Unionsrecht niederschlugen. Ein Begriff bringt diesen Befund treffend auf den Punkt: Die Rechtsgemeinschaft, als die sich die Europäische Union versteht. Und dies ist gleichsam der Ansatzpunkt, von dem ausgehend Souveränitätsverständnisse, in denen das Individuum immer zumindest teilweise Objekt staatlichen Handelns bleiben muss, kritisiert und überwunden werden können.

Der Weg zurück in die Katastrophe: Desintegration

Wie ist es aktuell um die europäische Integration und die Debatten über sie bestellt? Die Krisenerfahrungen insbesondere des letzten Jahrzehnts haben den seit der Anfangszeit der europäischen Integration mehr oder minder unverändert bestehenden Konsens, dass im Zuge einer stetig fortschreitenden Integration nationale Alleingänge unmöglich gemacht werden, um ein Leben in Wohlstand, Frieden und Freiheit zu ermöglichen, erschüttert. Die Fundamente des einmaligen friedensschaffenden Einigungsprozesses werden zunehmend in Frage gestellt: Populisten von rechts wie von links machen mobil gegen die Errungenschaften, die in der Vergangenheit gegen den Primat nationaler Interessen erkämpft worden sind, und wollen wahlweise zurück zu einem losen Verbund eines Europa der Vaterländer oder die EU als sozialistisches Projekt neugründen.

Nationale und partikulare Egoismen würden dann wieder in den Mittelpunkt des politischen Lebens in Europa zurückgeholt. Dadurch würde nicht nur der Wohlstand aller Europäer unmittelbar gefährdet, sondern auch ihre Handlungsfähigkeit auf internationaler Ebene massiv untergraben. Das Wichtigste





aber: Die Betonung einzelstaatlicher Interessen, eingebettet in ein weites Souveränitätsverständnis, wird langfristig aggressive, im Extremfall gewaltsame Konfliktlösungsstrategien wieder wahrscheinlicher machen. Solche Tendenzen ignorieren nicht nur, dass grenzüberschreitende Probleme auch nur grenzüberschreitend gelöst werden können, sondern auch, dass es beim Binnenmarkt nicht nur um wirtschaftliche Vorteile, sondern zugleich darum geht, dass gewaltsame Auseinandersetzungen in Europa dauerhaft unwahrscheinlich, letztlich sogar vermöglicht werden. Die Risiken einer Rückkehr zu einer zwischenstaatlichen Ordnung, in der Konkurrenz und vermeintliche Vorteile auf Kosten der Konkurrenten im Zentrum stehen, sind jedenfalls absehbar und zugleich unkalkulierbar, was ihre negativen Folgen angeht; diese Rückkehr ist und bleibt ein Irrweg.

Der Bundesstaat: Fortsetzung des Nationalstaats mit anderen Mitteln

Die Forderung nach einem europäischen Bundesstaat stellt diesem fatalen Irrweg ein griffiges Konzept entgegen, das zu Recht auf Kooperation setzt, Gemeinsamkeiten betont und eine Rückabwicklung der Europäischen Union ein für allemal ausschließen soll. In Wahlkämpfen, in denen es zentral um die Alternative zwischen Desintegration und Integration geht, hat es zweifellos seine mobilisierende Berechtigung und weist in seinen Grundzügen auch in die richtige Richtung.

Doch ist das Konzept eines europäischen Bundesstaates wirklich so ambitioniert und mutig wie häufig angenommen wird?

Die Antwort – und das mag viele verwundern – heißt: Nein. Letztlich wäre nämlich auch ein europäischer Bundesstaat im Wesentlichen nichts anderes als ein Staat wie man ihn seit dem Westfälischen Frieden Mitte des 17. Jahrhunderts kennt und überall antreffen kann. Mit anderen Worten: Er wäre die Fortsetzung des Nationalstaats mit anderen Mitteln. Und dieser Nationalstaat als historische Erscheinung ist konzeptionell auf exkludierende Mechanismen angewiesen und begünstigt Versuche, nationale Egoismen rücksichtslos durchzusetzen. Die exakt gleichen Probleme, die ein europäischer Bundesstaat innerhalb Europas voraussichtlich lösen würde, könnten sich auf weltpolitischer Bühne in neuer Qualität reproduzieren.

Eine Evolution politischer Ordnungen, ihrer Struktur und Verfasstheit ermöglicht er nur oberflächlich. Dies hemmt das kreative Nachdenken über genau diejenigen Weiterentwicklungen, die in den tieferen Schichten der europäischen Integration gerade angelegt sind. Namentlich die Verabschiedung der Behauptung souveräner Staatlichkeit im Hobbesschen Sinne, die einer Neuordnung des politischen Zusammenlebens in der Weltgesellschaft weichen könnte. Das Konzept eines europäischen Bundesstaates kann vor diesem Hintergrund nur ein Provisorium bleiben, das den integrationsfreundlichen gedanklichen Raum schafft, in dem visionärere Konzepte erarbeitet werden, denen sich zukünftige Generationen verschreiben.

Novus Ordo Seclorum

Doch wie könnte eine solche Vision konkret aussehen? Der Versuch einer erschöpfenden Antwort wäre genauso vermessen wie die spontane Erfindung eines eingängigen Namens oder die Behauptung, eine Verwirklichung noch im 21. Jahrhundert sei besonders realistisch. Nimmt man den Ausgangspunkt, die Überwindung des alten, elementar auf der Behauptung von Souveränität fußenden Verständ-

nisses von Staatlichkeit aber ernst, kann nur eine kooperative und offene Ordnung neuen Typs gemeint sein, die konsequent den Einzelnen, seine Autonomie und seine Rechte in ihr Zentrum stellt, flankiert von institutionellen Arrangements, in denen nicht mehr abgeschlossenes Nebeneinander nach außen und Hierarchie nach innen, sondern aufgabenbezogene und lösungsorientierte Vernetzung und Integration durch gemeinsame Normen maßgeblich sind und klassische Machtpolitik ersetzen; alte Auffassungen, die Souveränität als Unabgeleitetheit politischer Macht verstehen und Staaten folglich die Ausübung einer gewissen Restwillkür, hinter sich zu lassen, ist die aussichtsreichste Perspektive für dauerhaften Frieden nach außen und eine tragfähige Auflösung des Spannungsverhältnisses zwischen Sicherheit und Freiheit im Inneren.

Auf diese Weise zuversichtlich über morgen und übermorgen hinauszudenken und den tagesspolitischen Notwendigkeiten mehrere Schritte voraus zu sein, stellt eine Herausforderung dar, der sich gerade Liberale vor allen anderen gewachsen fühlen sollten. Es wäre ein noch entschiedeneres und zukunftsweisendes Bekenntnis zur Einzigartigkeit einer europäischen Integrationsgeschichte, die als Keimzelle für ein neues politisches Verständnis, eine neue politische Praxis und Frieden über den europäischen Kontinent hinaus dienen kann.



DANIEL STEINER (34) promoviert an der Uni Bielefeld zur verfassungs- und völkerrechtlichen Zulässigkeit militärischer Terrorismusbekämpfung und studiert dort Soziologie und Politikwissenschaft. Er ist Bezirksvorsitzender der JuLis Ostwestfalen-Lippe und Landesvorsitzender der LHG NRW. Du erreichst ihn unter daniel.steiner@julis.de

EUROPEAN LIBERAL YOUTH
LYMEC



EUROPA DURCH VIELFALT VERÄNDERN

Young Changemaker's Academy von LYMEC

„Es ist absurd.“ Es geht gar nicht mehr um die Zukunft unseres Landes. Es geht nur darum, recht zu behalten.“ Mein Freund Alex wirkt ratlos. Das ist ihm nicht vorzuwerfen. Alex ist Brite und viele Briten sind im Moment ratlos. Ratlos darüber, wie es in den nächsten Monaten weitergehen soll. Alex erinnert mich daran, warum ich mich politisch engagiere, warum wir uns als junge Menschen für Europa einsetzen. Damit wir es nicht verlieren. Nicht nur der Brexit, aber viele ähnliche Situationen, wie die Präsidentschaft Trumps haben dazu geführt, dass sich immer mehr junge Menschen engagieren. Durch den Brexit vor allem auch für die europäische Idee.

Ich selbst darf in der wunderschönen Unistadt Göttingen für die Europawahlen der FDP-Kandidat sein und sehe dabei, wie wichtig es ist, dass unsere Generation ein klares Bekenntnis zu Europa ablegt. Wie man als junger Kandidat eine erfolgreiche Kampagne führt, lerne ich zurzeit bei der Young Changemaker's Academy, die von unserem europäischen Dachverband LYMEC veranstaltet wird. Zehn Junge Liberale aus ganz Europa kommen dabei zusammen, um sich für die Wahlen zum Europäischen Parlament vorzubereiten. Wir haben alle unsere Unterschiede, aber eins gemeinsam: Wir wollen Europa verändern und verbessern.

Die Academy besteht aus drei einzelnen Seminaren, die uns als Kandidaten auf unterschiedliche Weise vorbereiten. Dazu gehören Rhetoriktrainings, das Erstellen eines Self-Brandings, Unterstützung beim Fundraising und Interviewvorbereitung. Wir durften sogar für einen Tag einem Mitglied des Europäischen Parlaments folgen, sodass ich einen Tag mit ALDE-Parteichef Hans van Baalen verbringen durfte. Generell werden wir bei den Seminaren wirklich persönlich betreut – eine einmalige Chance, um die eigenen

Stärken und Schwächen zu finden.

Als Vertreter der JuLis ist es für mich unglaublich spannend, die Unterschiede und die Kreativität in der Kampagnenführung der Kandidatinnen und Kandidaten zu sehen. Anna aus Finnland gibt als ausgebildete Opernsängerin zum Beispiel ein Konzert und verkauft ihr selbstgeschriebenes Buch, um ihre Fundraising-Ziele zu erreichen. Manche arbeiten auf lokaler Ebene mit einem großen Netzwerk von Kandidaten, manche reisen durch das ganze Land. Manche fokussieren sich auf ein bestimmtes Thema wie Energiepolitik oder Cybersecurity, manche arbeiten mit einem breiten Generalwissen.

Was nehme ich vor allem davon mit? Jede Kandidatin und jeder Kandidat bringt individuelle Fähigkeiten für den Wahlkampf mit. Und genau darum geht es auch bei der Young Changemaker's Academy. Wir alle sollen uns auf die individuellen Stärken konzentrieren, weil wir damit am erfolgreichsten werden. Und das gilt auch für alle Wahlkämpfer bei den JuLis ganz egal ob Kandidatin oder Neumitglied: Wir alle können unsere Talente nutzen, um zu diesem Wahlkampf beizutragen. Wenn wir uns darauf konzentrieren, können wir in Vielfalt geeint ein richtig gutes Wahlergebnis für die Liberalen erzielen – in Deutschland und der ganzen Europäischen Union. Und das ist dringend notwendig. Sonst fühlen wir uns bald vielleicht auch so ratlos wie mein Freund Alex.



JULIUS GRAACK (20) studiert in Göttingen und ist dort Kreisvorsitzender der JuLis. Als überzeugter Europäer arbeitet er außerdem für die EU-Simulation „Model European Union Strasbourg“. Du erreichst ihn unter graack@julis.de

VORSTELLUNG DELEGIERTE LYMEC

Wir haben Deine neuen LYMEC-Delegierten darum gebeten, sich vorzustellen, indem sie berichten, wofür sie auf europäischer Ebene für Dich streiten wollen.

„Bei LYMEC möchte mich für eine Europäische Union einsetzen, die schlank und unbürokratisch funktioniert. Der Bürger soll im Mittelpunkt stehen.“



KILIAN KARGER

„Ich möchte mich bei LYMEC besonders für eine Verbesserung des CO₂-Zertifikatehandels einsetzen, da wir marktwirtschaftliche Lösungen für die Herausforderungen des Klimawandels brauchen.“



NEMIR ALI



MARIUS BENTZ

„Der Westbalkan gehört zu Europa und muss über kurz oder lang Mitglied der EU werden können. Es liegt auch an uns, eine Strategie zu entwickeln, um diesen Prozess voranzubringen.“



PHIL HACKEMANN

VICTOR G. MÁRKI



„Ich möchte mich dafür einbringen, dass wir als EU endlich mit einer gemeinsamen Stimme nach außen sprechen.“

„Meine Herzentemen sind die bessere Einbindung Mittel- und Osteuropas in das europäische Projekt, die GASP/Entwicklungspolitik der EU und der Kampf gegen Antisemitismus.“



TIMO BERGEMANN

„In der Europäischen Union sollte es zur Selbstverständlichkeit werden, dass nicht nur Studenten, sondern auch Auszubildende oder Arbeitnehmer die Möglichkeiten des europäischen Austauschs nutzen können.“



Solltest Du grundsätzliche Fragen oder Anregungen zur internationalen Arbeit haben, schreib gerne eine E-Mail an brandmann@julius.de. Ich freue mich auf den Kontakt!

Dieses Magazin wird gefördert vom



**Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend**

Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:

Bundesverband Junge Liberale e.V.
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Telefon: (030) 680 78 55-0
Telefax: (030) 680 78 55-22
E-Mail: info@julius.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P.):

Anna Neumann (neumann@julius.de)

Autoren:

Anna Neumann, Marc Bauer, Franziska Brandann, Max Pschibel, Nadin Zaya, Fabian Schefczik, Phil Hackemann, Sina Behrend, Daniel Steiner, Julius Graack

Auflage: 11.000 Exemplare

Gestaltung: Himmel & Jord, Berlin

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht. Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung

Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbrief und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an neumann@julius.de schicken.

Bildnachweise

© JuLiS/privat sowie Himmel & Jord GmbH, Berlin
Illustrationen sind teilweise mithilfe lizenzfreien Materials erstellt und werden nicht gesondert ausgewiesen.



julius.de

FÜR UNSERE GESUNDHEIT

BRINGT ASSISTENZÄRZTIN
SILVIA HÖCHSTLEISTUNG.

WIR SAGEN DANKE.



Gemeinsam machen wir das deutsche
Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt.
Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/silvia

**IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**